

Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford.

für Stadt



und Land

Geschäftsstelle: Herford, Rennstr. 29/31. Fernruf 83
Postfachkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/4 jährlich 3.00 M., bei Postbezug 3.00 u. Bestellgeld.

Ausgabe B: mit „Aus großer Zeit“ 45 Pfg. mehr. Preis für 1 Spalt. Kleinzeile für Stadt u. Landkreis Herford 20 Pfg., sonst 30 Pfg. Kleinzeile 1 M.

General-Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Nr. 263

Herford, Freitag, den 8. November

1918

Massenfundgebungen im Reich.

bb. Kiel, 6. Nov. Zur Sicherung aus Neumünster und Rendsburg hier eingetroffene Truppen trafen nicht in Aktion. Es verlautet, daß sich Teile der Truppen den Demonstranten angeschlossen haben sollten. Am Montagmittag wurde die in Kiel nicht stationierte 1. Kompanie der Werftdivision von Mannschaften der Torpedodivision entwaffnet. Der Vorfall verlief unblutig.

Am Dienstag verbreitete der Soldatenrat folgende Proklamation:

Kameraden und Genossen! Unsere Schicksalsstunde hat geschlagen. Die Macht ist in unserer Hand. Hört auf uns! Sammelt euch um eure erwählten Führer! Keine Unbesonnenheiten! Ruhe und eiserne Nerven sind das Gebot der Stunde. Zeigt, daß ihr Männer seid! Folgt unsern Sicherheitsorganen! Mündert und raubt nicht! Es ist euer unwürdig und gereicht euch nicht zur Ehre, zum Ziele führt es nicht.

Zur Unterdrückung dieser Bewegung hierher entsandte Truppen haben sich uns angeschlossen. Alle Arbeiter der Gewerkschaften sind auf unserer Seite. Wir sind unsern Zielen nahe.

Der Dienstagmorgen hing ruhig an. Alle Geschäfte waren geöffnet. Das Hauptpostgebäude und der Hauptbahnhof sind von Soldaten der Marine besetzt.

Die Forderungen des Kieler Soldatenrats, die vom Gouverneur angenommen wurden, umfassen nach den „Kieler Neuesten Nachrichten“ folgende Punkte:

1. Freilassung sämtlicher inhaftierten politischen Gefangenen.
2. Vollständige Rede- und Pressefreiheit.
3. Sogleichige Behandlung der Mannschaften durch die Vorgesetzten.
4. Straffreier Verkehr sämtlicher Kameraden an Bord und in den Kasernen.
5. Die Ausfahrt der Flotte hat unter allen Umständen zu unterbleiben.
6. Alle Schutzmaßnahmen mit Blutvergießen haben zu unterbleiben.
7. Alle Maßnahmen zum Schutz des Privateigentums werden von dem Soldatenrat festgelegt.
8. Es gibt außer dem Dienst keine Vorgesetzten mehr.
9. Unbeschränkte persönliche Freiheit jedes Mannes von der Beendigung des Dienstes bis zum Beginn des nächsten Tages.
10. Die Offiziere, die sich mit den Maßnahmen des Soldatenrats einverstanden erklären, begrüßen wir in unserer Mitte. Alle übrigen haben ohne Anspruch auf Versorgung den Dienst zu quittieren.
11. Jeder Angehörige des Soldatenrats ist von sämtlichem Dienst befreit.
12. Sämtliche in Zukunft zu treffenden Maßnahmen sind durch Mitglieder des Soldatenrats zu treffen.

Kiel, 6. Nov. Nach der am Montagabend auf der Marinestation abgehaltenen Besprechung erging folgende Rundgebung:

Kameraden! Der gestrige Tag wird in der Geschichte Deutschlands für ewig denkwürdig sein. Zum ersten Male ist die politische Macht in die Hände des Soldatenrats gelegt worden. Ein Zurück gibt es nicht mehr. Große Aufgaben liegen vor uns. Aber damit sie erfüllt werden können, ist Einigkeit und Geschlossenheit der Bewegung erforderlich. Wir haben einen Soldatenrat eingesetzt, der einmütig mit dem Arbeiterrat verhandelt. Folgt seinen Anweisungen und sorgt für Ruhe und Ordnung. Denkt auch an die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Kasernen!

bb. Hamburg, 6. Nov. Da sich die Straßendemonstrationen, die sich bisher in ruhiger Weise abspielten, verstärkt haben, bleibt die Hamburger Börse heute geschlossen. Soldaten und Marineangehörige nahmen ihren Offizieren und den noch nicht angeschlossenen Kameraden die Waffen ab.

Auf den Werften ruht die Arbeit fast gänzlich. Die Schiffe im Hafen tragen rote Flaggen.

Heute mittag wurde ein Soldatenrat gebildet, der an die Kommandantur in Altona folgende Forderungen in Form eines Ultimatums gestellt hat:

1. Freilassung aller inhaftierten Militärpersonen.
2. Abschaffung aller Gradenbezeichnungen.
3. Uebernahme der Lebensmittelversorgung durch den Soldatenrat.

Bis 4 Uhr nachmittags wird eine Antwort gefordert.

Bremen, 6. Nov. Aus Wilhelmshaven wird der „Weiserzeitung“ mitgeteilt: Heute nachmittag fand hier ein Unzug von Militär- und Marinepersonen statt, an dem sich zwei bis dreitausend Menschen beteiligten. In den Zügen wurden große rote Fahnen mitgetragen. Eine Musikkapelle schritt voraus. Es wurde eine Abordnung zum Stationschef entsandt, die die Wünsche unterbreitete. Der Zug bewegte sich in voller Ruhe durch die Straßen. Zusammenstöße sind nicht erfolgt. Auf dem Stationsgebäude und einigen Kasernen wehen rote Flaggen. Teilweise sind rote Portieren aus den Fenstern gehängt worden. Im Hafen herrscht Ruhe. — Eine Mahnung zur Ruhe und Besonnenheit enthält ein Flugblatt, das in Wilhelmshaven zur Verteilung gelangt und die Unterschriften des Reichsministers, des Staatssekretärs Scheidemann und des Staatssekretärs des Reichsmarineamts trägt. Es war in erster Linie an Seeleute und Arbeiter der Werften Wilhelmshaven gerichtet, und ermahnte diese, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß solche Ereignisse, wie sie in den letzten Tagen in anderen Städten vorgekommen sind, vereinzelt bleiben.

Bremen, 6. Nov. Aus Hamburg erfährt die „Weiserzeitung“: Auf dem Heiligengefild wurde am Sonntagmittag die von verschiedenen Seiten kommenden Züge von Menschen in der Nähe der Rante des Viehhofes. Auf der Höhe der Brückenüberführung wurden Ansprachen gehalten. Auffallend war die große Zahl russischer Gefangenen unter den Zuhörern, die sich aber durchaus zurückhaltend benahmen. Gegen 1 Uhr marschierte unter Vorantritt einer Musikkapelle ein großer Zug von Marinesoldaten durch die Stadt über Rathausmarkt und neuen Wall nach dem Heiligengefild. Es waren die Insassen des Marinelazarets Veddel. Auch sie waren in waren in musterhafter Ordnung. Die Werften sind in Händen der Demonstranten. Auf ihnen weht die rote Flagge. Große Menschenmengen strömten schon in früher Morgenstunde nach den Landungsbrücken. Es verlautet, daß beabsichtigt wird, auf friedlichem Wege zu versuchen, in den Besitz der Munition in den Kasernen zu kommen. Der Rathausmarkt wurde gegen 2 Uhr von den Demonstranten militärisch besetzt, um die Demonstranten zu zerstreuen, da die Demonstranten keine unnötigen Ansammlungen duldeten. Ueberall sammelten sich große Gruppen von Soldaten und Zivilisten, die erregt die Ereignisse besprachen. Automobile wurden von den Demonstranten besetzt und zu Fahrten benutzt. Die Altonaer Zentralfabrik mußte wegen der Menschenmassen am Besenbinderhofplatz die Fahrten einstellen, wozu auch die übrigen Linien im Laufe des Tages vorübergehend gezwungen wurden. Am Dammtorbahnhof wurde ein Maschinengewehr aufgestellt. Bei der Kaserne der 76er wurde dem Zug Widerstand entgegengesetzt. Dort erhielten auch die Waffen wieder das Wort. Es gab wiederum Tote, deren Zahl aber noch nicht genau zu erfahren ist. Die Angabe schwankt zwischen vier und acht. Nach dem Heiligengefild zogen immer neue Trupps von Soldaten.

L.L. Bremen, 7. Nov. Von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags ruhte die Arbeit auf den

großen Werften, auch der Straßenbahnverkehr wurde von 2—6 Uhr nachmittags stillgelegt. Um 2 Uhr fand eine große Volks- und Militärversammlung im Freien statt. Daran anschließend bewegte sich ein Zug von etwa 40 000 Militär- und Zivilpersonen mit roten Fahnen u. Vereinsfahnen zum Marktplatz und Domhof, wo Mann an Mann zu einer Kundgebung drängte, wie sie in so großem Maße Bremen noch nicht gesehen hat. Vor dem Rathaus, das mit Parteifahnen behangen war, spielte eine Musikkapelle und wurden Ansprachen gehalten. Die Redner forderten u. a.: die Abdankung der deutschen Fürstentümer und Einführung der sozial. Republik. Die Kundgebung verlief in größter Ordnung. Es ist bisher zu keinem ernstlichen Zwischenfall gekommen. Der Verkehr in den Straßen blieb bis zum späten Abend sehr lebhaft. Man sieht bei Mann und Frau, Militär und Zivil rote Schleifen.

Es sind jetzt Kiel, Wilhelmshaven, Hamburg, Bremen und Hannover in den Händen der Revolutionäre.

Auch in Bremerhaven hat sich die Garnison dem Soldatenrat unterstellt. Bei der dortigen Entwaffnung wurden zwei Matrosen getötet.

L.L. Lübeck, 7. Nov. Curtin befindet sich in den Händen des Soldatenrats. Diebe, gleichviel ob Militär- oder Zivilpersonen, werden standrechtlich erschossen.

L.L. München, 7. Nov. Hier fand gestern eine Volkskundgebung allergrößten Stiles statt. Man forderte die sofortige Einführung der uneingeschränkten Volksregierung und die Abdankung des Kaisers. Nach allgemeiner Arbeitseinstellung zogen die Massen in voller Ruhe unter Vorantragung roter Fahnen auf die Theresienwiese, wo eine gewaltige Volkskundgebung stattfand, die bewies, daß durch Ruhe und Ordnung mehr zu erreichen ist als durch Lärm und Unordnung.

Hamburg, 8. Nov. Das Zentralbüro des Arbeiter- und Soldatenrats teilt folgendes mit: Sämtliche amtlichen und militärischen Gebäude sind besetzt. Die Nahrungsmittelmagazine werden bewacht. Minderer werden mit sofortigen Erschießen bestraft. Zurzeit finden Verhandlungen mit dem Senat statt. Der Zugverkehr ist bis auf zwei Züge eingestellt. Post und Telegraphenamt waren bis zur Stunde noch nicht besetzt.

Die Zeitung der Bewegung hat einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Nach den vorliegenden Nachrichten ist dies indes nicht gelungen. Es hat Ausschreitungen gegeben. Kleinere Truppenkörper, die sich verteidigten, wurden durch die Masse der Ausständischen gewaltsam gezwungen, ihnen Folge zu leisten. An mehreren Stellen der Stadt sind Mißhandlungen und Morde vorgekommen. Unter anderem drangen Ausständische in eine Wohnung der Lincolnstraße, aus der auf herumziehende Soldaten geschossen worden sein sollte, und töteten 2 Frauen als angeblich Schuldige, indem sie ihnen die Kehle durchschnitten. Wahrscheinlich werden alle Theater und Restaurants vom 7. November an geschlossen. Die ganze Nacht vom 6. auf den 7. November fielen in verschiedenen Gegenden der Stadt vereinzelt Schüsse.

Das „Hamburger Echo“, das jetzt als Organ der Ausständischen unter dem Titel: „Die rote Fahne“ erscheint, veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

In die Bevölkerung Hamburgs und Altonas. Alle Zivilpersonen müssen von heute (7. November) an um 6 Uhr abends von der Straße sein. Jede Zivilperson, die sich in der Zeit von 6 Uhr abends bis 7 Uhr morgens auf der Straße aufhält, wird erschossen.

In Guxhaven ist es zu keinerlei ernstlichen Unruhen und Ausschreitungen gekommen.

In Kiel ist der Stadtkommandant, der Kapitän

3. S. Heim, in der Nacht vom 5. zum 6. November von einer Patrouille, die den Befehl hatte, ihn abzuführen, erschossen worden, da er sich angeblich diesem Befehl widersetzte.

rotb. Berlin, 7. Nov. Von zuständiger Stelle wird über die Lage in den nördlichen Provinzen folgendes mitgeteilt: Die Unruhen haben sich auf einige weitere Orte ausgedehnt.

In Bremen wurden auf dem Marktplatz von einem unabhängigen Sozialdemokraten, der vor einigen Tagen aus dem Gefängnis entlassen war und von einigen Militärpersonen umgeben gehalten, die zur Bildung einer sozialdemokratischen Republik und zur Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrats aufforderten. Der Befreiung von Militärfesseln schloß sich die Forderung an, daß der Zivilgefangenen an. In den großen Banken ist alles ruhig. Auf den Straßen herrscht Ordnung. Zwischenfälle wurden bisher nicht gemeldet. Für heute abend wurde in einer Versammlung Liebknecht als Redner erwartet.

In der Sitzung der Bürgerschaft stand ein sozialdemokratischer Antrag auf Einführung des gleichen und direkten Wahlrechts zur Erörterung. Der Senat hat sich seine Entscheidung vorbehalten.

Düsseldorf, 6. Nov. Die Polizei hat gestern in der Graf Wolfstraße 12 ein Polizeikommissariat ausgebaut. Dort hatte ein gewisser Jwanoff seit einiger Zeit Büroräume, angeblich für eine Niederlassung der russischen Telegraphenagentur, eingerichtet. In Wirklichkeit hat herausgestellt, daß diese Agentur keine andere Aufgabe hatte, als Werberbeit für den gewalttätigen Umsturz zu betreiben und die Düsseldorf Arbeiter zur Einrichtung ihrer Herrschaft aufzuwiegen. Die zahlreichen bolschewistischen Flugblätter, die in den letzten Tagen und Wochen in den Straßen Düsseldorf und der weiteren Umgebung verbreitet worden sind, hatten ihren Ursprung in dem aufgelösten Büro. Die Polizei hat drei Personen festgenommen, neben Jwanoff eine Frau Rosi Wolstein. Außerdem noch eine Persönlichkeit, die sich weigert, ihren Namen zu nennen.

L.L. Berlin, 7. Nov. Gestern abend hielten die unabhängigen Sozialdemokraten in Hamburg eine Versammlung ab, in der Reichstagsabgeordneter Dittmann, stimmlich begrüßt, eine Rede über die Lage hielt. Er kam dabei auf die Forderung der Abdankung des Kaisers zu sprechen, die, wie er erklärte, den unabhängigen nicht genüge, da sie die Einführung der sozialen Republik verlangten. Eine Entschließung begrüßte die Vorgänge in Kiel. Nach der Versammlung fand eine große Straßendemonstration statt, die jedoch ohne Ausschreitungen verlief. Das Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes, Hermann Müller, hat sich gestern abend nach Hamburg und Kiel begeben. Der Reichstagsabgeordnete Haase von den unabhängigen Sozialdemokraten ist ebenfalls nach Kiel gefahren.

L.L. Berlin, 7. Nov. Zu Kundgebungen ist es gestern in Berlin nirgends gekommen. Nur im Nordosten der Stadt, in der Gegend des Friedrichsheims, und in Nowitz waren kleine Trupps Arbeitsloser zu bemerken, die die Arbeitermarzillasse jagen, die Straßenpassanten aber angestört ließen. Am Gewerkschaftshaus war es vollständig ruhig. Gegen abend, nach Schluß der Fabriken, versammelte sich am Gewerkschaftshaus eine größere Menge Arbeiter.

Sozialdemokratisches Ultimatum. Die Abdankung des Kaisers bis heute mittag verlangt.

m. Berlin, 7. Nov. Die „Köln. Zeitung“ meldet: Die sozialdemokratische Parteileitung hat noch einmal die Gesamtlage besprochen und ihre Führer Ebert und Scheidemann beauftragt, dem Reichsminister folgendes zu erklären:

1. daß die Versammlungsverbote für heute aufgehoben werden,
2. daß Polizei und Militär zur äußersten Zurückhaltung angehalten werden,
3. daß die preussische Regierung sofort im Sinne der Reichstagsmehrheit umgestaltet wird,
4. daß der sozialdemokratische Einfluß im Reich vergrößert wird,
5. daß die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen bis morgen mittag bewirkt werden. Werden diese Forderungen nicht erfüllt, so tritt die Sozialdemokratie aus der Regierung aus.

Gleichzeitig ergoß eine neue Mahnung an die Arbeiter zur Besonnenheit. Weitere Nachrichten sollen bis morgen mittag abgewartet werden.

Das Ultimatum wurde dem Reichskanzler heute nachmittag kurz nach 5 Uhr übergeben.

66. Dortmund, 8. Nov. Nach einer Budapestener Meldung soll der Kaiser die freiwillige Abdankung abgelehnt haben. Minister des Innern Dr. Dreßler habe ihm die Forderungen der Sozialdemokratie vorgelesen, sei aber aus dem Hauptquartier zurückgekehrt mit der Nachricht, daß seine Mission gescheitert wäre, da der Kaiser mit Rücksicht auf die inner- und außerpolitischen Zustände es für notwendig halte, daß er auf seinem Posten bleibe. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Entscheidung nicht länger hinausgeschoben werden könne.

Warnungen vor dem Putschismus.

Ein Aufruf der sozialdemokratischen Partei.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei wendet sich an die Arbeiter und Arbeiterinnen mit einem Aufruf, in dem es heißt:

„Das furchtbare Völkerverbrechen geht zu Ende, es kann kein Gedanke daran sein, es noch weiter fortzusetzen. Der Frieden kommt. Er stellt die Arbeiterklasse vor die schwersten politischen und wirtschaftlichen Aufgaben. Politisch wird es sich darum handeln, die erlangten demokratischen Freiheiten zu sichern und auszubauen. Diejenigen, die durch ihre unheilvolle Politik das Unglück unseres Volkes verschuldet haben, müssen von ihren Plätzen verschwinden. Die dazu nötigen Schritte sind eingeleitet. Sie sollen vor seiner Zeit vollzogen werden, so hoch sie auch gestellt sein mag. Wirtschaftlich handelt es sich darum, die Volksernährung sicherzustellen und den Übergang zur Friedenswirtschaft so zu vollziehen, daß niemand verhungern muß. Dazu ist die sorgfältigste Organisation der Arbeitsvermittlung und eine ausgiebige Unterstützung der Arbeitslosen notwendig.“

Diese Aufgaben können aber unmöglich gelöst werden, wenn alles damit und darüber geht. Entsetzlichen Lärmen, so wird die jetzt schon unzureichende Volksernährung ganz ins Stocken geraten, die arbeitende Bevölkerung wird dem Hungerdasein ausgeliefert sein, während die Besitzenden sich immer noch zu besorgen wissen werden. Das ist auch in Rußland so gekommen, und selbst die Gewaltmethoden des Bolschewismus haben daran nichts zu ändern vermocht. Entsetzlichen Lärm, so werden weiter zahlreich Betriebe schließen müssen, und es wird nicht möglich sein, das ungeheure Meer der Arbeitslosen zu ernähren. Für die heimstürmenden Kameraden aus dem Felde wird keine Arbeit zu finden sein, und sie werden sich auf eigene Faust zu helfen versuchen, wie sie können. Das wird zu neuen inneren Kämpfen Anlaß geben, die weiteres unabsehbares Elend im Gefolge haben werden.

Unsere Ziele verlieren wir nicht aus dem Auge, von unseren Forderungen gehen wir nichts preis! Aber die Mittel wollen wir, solange das nur irgend möglich ist, so wählen, daß sich die Arbeiterklasse dabei nicht ins eigene Fleisch schneidet. Wir sind eine Macht, wenn wir einig sind, machen wir von dieser Macht Gebrauch!

Aber hüten wir uns, leistungsfähig und ohne Not ein Chaos hervorzurufen, in dem wohl auch unsere Gegner, aber auch wir aufs schwerste leiden müssen!

Es geht um Euch und Eure Kinder! Darum noch einmal: Wahrt die Einigkeit, die Besonnenheit, die Disziplin der Organisation. Keine rassistischen Zustände, sondern das Ganze geschlossen vorwärts zu den Zielen der Demokratie und des Sozialismus!

Gegen Streiks und Putschversuche veröffentlicht auch der Geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Gewerkschaften (S. D.) folgende Erklärung: Seit einiger Zeit werden, namentlich in den Kriegswirtschaftlichen Betrieben, anonymer Flugblätter verteilt, in denen die Streiks und Putschversuche aufgeführt werden. Der Geschäftsführende Ausschuss hält es deshalb in Absprache mit den Hauptvorständen der einzelnen Gewerkschaften für seine Pflicht, zu erklären, daß der Verband der Deutschen Gewerkschaften (S. D.) den Streik als Mittel zur Erreichung politischer Ziele grundsätzlich verwirft. Im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung unserer politischen Verhältnisse hält er den Streik und ähnliche Demonstrationen nur für geeignet, den schärfsten und rationellsten Elementen, denen die neu gewonnenen Volksrechte ohnehin ein Dorn im Auge sind, Wasser auf die Mühlen zu leisten und ihren rückfälligen Bestrebungen Vorschub zu leisten. Es wird deshalb von den Mitgliedern der Deutschen Gewerkschaften und allen auf freiwillig-nationalen Boden stehenden Arbeitern erwartet, daß sie allen Aufforderungen zum Streik und sonstigen Putschversuchen entschieden entgegenstehen, ihnen auf keinen Fall Folge leisten, sondern ruhig ihre Arbeit fortsetzen.“

Die Sozialdemokratie und Gesamtfrage.

III. Berlin, 7. Nov. Der Parteiaussschuß und die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie haben in gemeinsamer Beratung die Gesamtfrage durchgesprochen und einstimmig folgende Resolution angenommen:

Fraktion und Parteiaussschuß fordern, daß der Waffenstillstand ohne jede Verzögerung durchgeführt werden. Die Fraktion und der Parteiaussschuß fordern weiter die Amnestie für militärische Vergehen und Straffreiheit der Mannschaften, die sich gegen die Disziplin vergangen haben. Sie fordern unverzüglich die Demokratisierung der Regierung sowie die Verwaltung Preußens und anderer Bundesstaaten. Die Reichstagsfraktion und der Parteiaussschuß beantragen die Parteileitung, dem Reichskanzler mitzuteilen, daß die Fraktion und der Parteiaussschuß den von der Parteileitung in Berlin in der Kaiserfrage unternommenen Schritt entschieden billigen und unterstützen und eine schnelle Regelung dieser Frage fordern.

III. Berlin, 7. Nov. Das „Berl. Tgl.“ schreibt: Der Kaiser weiß noch immer im Großen Hauptquartier. In politischen Kreisen hält man, mit vollem Recht, seine Rückkehr nach Berlin für dringend erforderlich. Nach der Klage wird sich wohl kaum Zweifel darüber hingucken, daß die Rückkehr des Kaisers absolut notwendig erscheint. Sowohl die Vorgesprächen über die Kieler Vorläufe wie die Erklärung anderer Fragen werden durch die andauernde Abwesenheit des Kaisers aufs äußerste erschwert. Für die Verständigung über die Angelegenheiten der bevorstehenden Waffenstillstandsverhandlungen ist die Abwesenheit des Kaisers ein ernstes Hindernis. Der Mittelpunkt der Politik ist in Deutschland beim Sitz der Regierung in Berlin.

Die Waffenstillstandsverhandlungen.

(Näherlich.)

III. Berlin, 7. Nov. Folgender Funkspruch ist diese Nacht von deutscher Seite ausgegangen: Die deutsche Oberste Heeresleitung auf Anordnung der Regierung an Marschall Joch.

Nachdem die deutsche Regierung im Auftrage des Präsidenten der Vereinigten Staaten benachrichtigt ist, daß Marschall Joch ermächtigt sei, beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen, um ihnen die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen, sind folgende Beauftragte ernannt worden:

Generalarzt Inf. v. Gündell, Staatssekretär Erzberger, General Graf Oberndorf, General v. Winterfeldt, Kapitän z. S. Banselehn.

Die Beauftragten bitten um Mitteilung durch Funkspruch, wo sie mit Marschall Joch zusammentreffen können. Sie werden begleitet sein von Kommissaren und Dolmetschern nebst dem nötigen Personal und in Kraftwagen an dem zu bezeichnenden Orte eintreffen.

Die deutsche Regierung würde es im Interesse der Menschlichkeit begrüßen, wenn mit dem Eintreffen der deutschen Delegierten an der Front der Alliierten vorläufig Waffenruhe eintreten könnte.

Marschall Joch hat darauf geantwortet:

Wenn die deutschen Bevollmächtigten mit dem Marschall Joch wegen des Waffenstillstandes zusammentreffen wollen, müssen sie sich bei den französischen Vorposten auf der Straße Chimay-Journies la Capelle-Guise befinden. Es sind Befehle erlassen, sie zu empfangen und an den für die Zusammenkunft bestimmten Ort zu begleiten.

h. Frankfurt a. M., 7. Nov. Auf der Straße von Chimay nach Griefe, nordöstlich von St. Quentin, also im Zentrum der Westfront, werden die feindlichen Vorposten unsere Abordnung in Empfang nehmen und von dort zu dem Oberkommandierenden geleiten. Man ersieht aus den amtlichen Meldungen, daß alle Mitglieder der Delegation die Frontlinie überschreiten werden, also nicht nur die zunächst beteiligten Angehörigen des Landheeres und der Flotte.

Man wird es dankbar begrüßen, daß die Reichsleitung den Versuch gemacht hat, eine so schnelle vorläufige Waffenruhe herbeizuführen. Marschall Joch glaubt die Antwort darauf schuldig bleiben zu dürfen. Damit ist allerdings nicht gesagt, daß nicht doch noch vor dem Abschluß der formellen Waffenstillstandsverhandlungen dem nutzlosen Warten ein Ende gesetzt werden kann. Darauf wartet eine Welt.

h. Haag, 7. Nov. In den Wandelgängen des Parlaments verbreitete sich das Gerücht, daß die deutsche Abordnung zur Entgegennahme der Waffenstillstandsbedingungen die Linie der Alliierten erreicht hätten.

Bericht des Hauptquartiers.

III. Großes Hauptquartier, 7. November.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nordöstlich von Denderaarde trafen Franzosen über die Schelde, im Gegenangriff, waren sie zurück. Zwischen Schelde und Duse suchte der Feind die planmäßige Fortführung unserer am 4. November eingeleiteten Bewegungen durch heftige Angriffe zu verhindern. Der Schwerpunkt ihrer Angriffe lag nordöstlich von Valenciennes, südlich der auf Mons führenden Straße, bei Bapaui und bei Auloye an der Sambre. In schweren, wechselnden Kämpfen hielten unsere Truppen dem feindlichen Ansturm stand. Der Feind stand am Abend bei Quicrain, am Westrand von Bapaui und östlich von Auloye — westlich von La Capelle. Zwischen der Duse und Auloye hat der Gegner die Linie Verbins-Rozoy erreicht. Westwärts von Reisel hat er die Aisne überschritten und stand am Abend in Linie Wasigny-Robion-Porten und nördlich von Tonteton. Zwischen Aisne und Maas folgte er bis Bendorre und Mouzon.

Auf dem Hügel der Maas setzte der Amerikaner seine heftigen Angriffe fort. Es gelang ihm, seinen Brückenkopf östlich von Dun zu erweitern. Wir brachten den Feind an den Wäldungen zwischen Murbourg und Fontains zum Stehen. Östlich von Sibry hat die bewährte brandenburgische 228. Inf.-Division ihre Stellungen voll behauptet.

Der Generalquartiermeister: Groener.

III. Berlin, 7. Nov. (Abends.) An der Westfront ruhiger Tag.

Deutscher Einmarsch in Tirol.

III. Berlin, 7. Nov. Der Einmarsch bayerischer Truppen in Tirol hat lediglich den Zweck, die bayerische Landesgrenze zu sichern. Sie soll gegen Gefährlichkeiten gesichert werden, die durch die Auflösung der österreichischen Heereskräfte zu befürchten sind. Auf keinen Fall wird dadurch beabsichtigt, die Demobilisierung der österreichischen Truppen zu hindern.

h. Frankfurt a. M., 7. Nov. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ erhalten aus Innsbruck eine Meldung, daß bayerische Kriegsmilitärminister habe dem Tiroler Nationalrat mitgeteilt, daß infolge der Bedingungen des Waffenstillstandes zwischen Österreich und der Entente eine Entsendung deutscher Truppen nach Tirol zur Sicherung unserer Landesgrenzen notwendig sei. Unsere Sicherungstruppen haben am Mittwoch bereits die Grenze überschritten.

h. Frankfurt a. M., 7. Nov. Dazu liegen aus Wien folgende Meldungen vor: Die Nachrichten über den Einmarsch bayerischer Truppen in Nordtirol ergaben in der gestrigen Nachmittags-Sitzung des Staatsrats außerordentliches Aufsehen. Bevor jedoch der Staatsrat sich über eine Stellungnahme zu diesem neuen Ereignis schlüssig werden konnte, traf die Nachricht aus Berlin ein, daß die Abordnung der deutschen obersten Heeresleitung zu den Waffenstillstandsverhandlungen nach dem Westen abgereist sei. Diese Nachricht trug wesentlich zu einer ruhigeren Beurteilung der Lage bei. Allgemein wurde der Auffassung Ausdruck gegeben, daß sich die Ereignisse in Nordtirol ohne große Reibungen abwickeln werden, da sie infolge der nun im Gange befindlichen direkten Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten einen raschen Abschluß finden müßten.

An Wiener unterrichteten Stellen wird bekannt, daß österreichisch-ungarische Armeekommandos habe gegen den Durchmarsch der deutschen Truppen durch Tirol und andere österreichische Gebiete protestiert. Das öster-

reichisch-ungarische Ministerium des Innern hat gegen diesen Schritt, der ihm vorher nicht bekanntgegeben war, Einspruch erhoben. Die deutsche Regierung habe durch diese Aktion eine schwere Verantwortung auf sich geladen, da ja dadurch der Vollzug der mit der Entente geschlossenen Waffenruhe gefährdet werden könnte. Es ist österreichisch-ungarisch unter den gegenwärtigen Umständen materiell nicht möglich, die Deutschen von der Durchführung ihrer Absichten abzuhalten.

Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt dazu:

Ohne auf die Sache selbst einzugehen, muß man fragen, in wessen Auftrag eigentlich diese Einsprüche erfolgten. Da hinter diesen alten Behörden niemand mehr steht. Der deutsch-österreichische Staatsrat, dessen Befugnis allein es wäre, hat dazu einen Auftrag nicht erteilt, wie aus andern Nachrichten hervorgeht.

Verhandlungen über den Abzug der deutschen Divisionen aus Rumänien.

h. Budapest, 7. Nov. Die durch General Kocbek für die serbische Front eingeleiteten Waffenstillstandsverhandlungen haben gestern zur Einstellung der Feindseligkeiten geführt.

Die Verhandlungen über den Durchzug der deutschen Truppen aus Rumänien sind noch nicht abgeschlossen.

h. Budapest, 7. Nov. Der Generaladjutant des k. k. Hofmarschalls v. Madachen, General v. Quadt, ist am Nachmittag aus Bukarest hier eingetroffen. Er begab sich in Begleitung des Generalstabschefen Grafen Fürstberg zum Ministerpräsidenten Grafen Karolyi, mit dem er über den Durchmarsch der in Rumänien befindlichen vier deutschen Divisionen durch Ungarn verhandelte.

Ohne Amerika.

III. Genf, 7. Nov. In einer der letzten Sitzungen des Kriegsrats der Entente ereignete sich ein charakteristischer Zwischenfall. Bei einem bestimmten Punkte machte Oberst House darauf aufmerksam, die Entente sei ohne die Hilfe Amerikas nicht in der Lage, den Sieg zu erringen. Selbst unter den jetzigen Umständen könne die deutsche Armee die französische geschmettern. Der Vertreter Frankreichs erwiderte, die Lage habe sich durch den Abfall Österreichs erheblich geändert, da Italien gegebenenfalls die Möglichkeit einer direkten Operation gegen Deutschland habe. Dieser Zwischenfall wird lebhaft besprochen.

Die Eisenbahnen im neuen Deutschland.

In dem Organ des Allgemeinen Eisenbahnverbandes, in der „Eisenbahnzeitung“, erhebt der Reichstagsabg. Sivkovich die Forderung, daß die Parlamentarisierung auch auf das preussische Ministerium der öffentlichen Arbeiten Anwendung findet, das besonders des Vertrauens der Arbeitnehmer bedarf. Den Eisenbahnern könne die Mitbestimmung über ihr Schicksal im preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten nicht länger vorenthalten werden. „Was den Gewerkschaften im Reich recht ist, ist den Eisenbahnern in Preußen billig.“ Die Eisenbahner seien nicht mehr damit zufrieden, daß man ihrer berufenen Führer gelegentlich hört und empfängt. Sie wollen und verlangen, daß Männer, die fleißig von ihrem Fleiß sind, mit verantwortlich an der Bestimmung ihres Schicksals im Ministerium der öffentlichen Arbeiten tätig sind.“ Zur Begründung dieser Forderung schreibt Abg. Sivkovich: „Wie viele Verfügungen gibt es nicht, die zwar an sich gut und nützlich sind, aber in den unteren Regionen nicht oder nicht richtig durchgeführt werden. Die Eisenbahner wünschen, daß im Ministerium jemand ist, der die Dinge aus eigener Erfahrung kennt, der die Schäden am eigenen Leibe verspürt hat, der darum auch die Durchführung vernünftiger Bestimmungen überwachen und gewährleisten kann. Auf jeden Fall verlangen die Eisenbahner eine angemessene Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen durch einen Mann ihres Vertrauens im Ministerium der öffentlichen Arbeiten.“ L. C.

Die Frauenverbände für politische Gleichberechtigung.

Die Frauenverbände aller Richtungen, mit Ausnahme der Unabhängigen haben, wie die „Gleichheit“ meldet, eine Unterredung beim Reichskanzler nachgesucht. In dem Schreiben heißt es: „In rascher Entwicklung vollzieht sich im Deutschen Reich die Umbildung der Regierung in eine parlamentarisch-demokratische Mehrheitsregierung. Sie stellt sich die Aufgabe, die volle Demokratisierung des öffentlichen Lebens zur Durchführung zu bringen, allen Bevölkerungsklassen politische Freiheit und Selbstbestimmung zu sichern.“

Den Forderungen der Frauen aber, die auch in Deutschland bereits seit Jahrzehnten um politische Gleichberechtigung kämpfen, hat diese Entwicklung bisher noch keinerlei Rechnung getragen. Es erscheint ihnen deshalb dringend notwendig, vor den Leitern der neuen Reichsregierung ihre Forderungen nochmals eingehend zu begründen und deren Stellungnahme dazu fernzulegen.“

Unterzeichnet haben die folgenden Verbände: Die sozialdemokratischen Frauen Deutschlands: Marie Juchacz. Die Frauen der Fortschrittlichen Volkspartei: Helene Lange. Die Frauen der Nationalliberalen Partei: Alara Mende. Das Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands: Gertrud Hanna. Der Deutsche Frauenaussschuß für dauernden Frieden: Lida Gustava Heymann. Der Deutsche Reichsverband f. Frauenstimmrecht: Marie Stritt. Der Deutsche Frauenstimmrechtsbund: Anita Augspurg. Der Bund Deutscher Frauenvereine: Dr. Gertrud Bäumer.

Herford und Minden-Ravensberg.

8. November.

Herforder Lebensmittelfragen.

Man schreibt uns: Zur Erörterung und Besprechung der Fragen der Lebensmittelversorgung ist in unserer Stadt eine erweiterte Kommission gebildet, die sich aus Vertretern der größeren Berufsvertretungen und der Presse zusammensetzt. Die Mitglieder sind auf Vorschlag der einzelnen Vertretungen vom Magistrat ernannt worden. Der Kommission gehören zurzeit an: von der Ortsgruppe des Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfenverbandes: der Kaufmann G. Haase, Lindstraße 8; von dem Verein für Handelskommissionen von 1858: der Kaufmann Kellner, Alter Markt; von dem Verband Deutscher Handlungsgehilfen Leipzig: der Buchhalter Wiltz, Pohlmann, Sachsenstraße 9; von der Beamtenvereinigung: Postsekretär Köppler, Alter Markt 9; Betriebswerkmeister Schöbber, Bismarckstraße; Lehrer Köhle, Weidenstraße 7; von dem Rabattspareverein „Herfordia“: der Kaufmann Herrn Gieseler, Bergerstraße; von dem Innungsaussschuß: der Tischlermeister Fr. Voss, Mindenerstraße; von dem Kartell der freien Gewerkschaften: Wilhelm Schlüter, Waltherstraße 49, W. Thüner, Salzstraße 136, Friedrich Fraß, Voßhauserstr. 149; von dem Kartell der christlichen Gewerkschaften: Heinrich Jürging, Oettinghauserweg 17, Max Stöck, Bismarckstraße 5; von dem Vaterländischen Frauenverein: Frau Baurat Garhausen, Frau Weinrich; von dem Verein für Frauenhilfe: Frau Landwehr, M. Leutiger, Dorotheenstraße 8; von dem Verein für Frauenbildung: Frau Dr. Delfus, Fürstenastraße; von dem Arbeiter-Frauenverein: Frau Möller, Bodelschwingstraße 34, Frau Radig, Hermannstraße 32.

Die Kommission ist am Mittwoch dieser Woche zum ersten Mal zusammengetreten. Bürgermeister Werner verbreitete sich über die Lebensmittel- und Rohstoffversorgung. Aus seinen Ausführungen geben wir hier folgendes wieder:

Während bisher die Stadt in größeren Mengen

Weizenmehl

erhalten hat, ist das Weizenmehl jetzt ganz knapp geworden. In den kommenden Wochen wird die Stadt nur 10 Prozent des Brotmehles in Weizenmehl erhalten, während es früher 25–30 Prozent gemessen wird. Vor 8 Tagen war sogar das Krantenmehl sehr spärlich und in einigen Geschäften nicht zu kaufen; diese Schwierigkeit ist jetzt aber beseitigt. Auf 3–4 Wochen hinaus ist die Stadt genügend mit Krantenmehl versorgt.

Die

Kartoffellieferungen

sind in diesem Jahr außerordentlich weit vorgeschritten. Von der gesamten Kartoffelmenge, welche die Stadt zu erhalten hat, sind bereits über 75 Proz. zur Auflieferung gekommen. Das Urteil über die erhaltenen Kartoffeln ist nicht überall das selbe. Wenn auch im allgemeinen gute Kartoffeln geliefert worden sind, die ausgewaschen und trocken waren, so sind doch vereinzelt auch Klagen über übermäßigen Erdbefall laut geworden. Dieses hat in der Hauptsache darin seinen Grund, daß ein Teil der Landwirte beim Fehlen von Arbeitskräften und Zeit die Kartoffeln direkt vom Felde geliefert hat. Da die Verladung der Kartoffeln auch in offenen Waggons vorgenommen werden kann, sind mehrere Ladungen vollständig durchnäßt nach hier gekommen.

Kolonialwaren

sind in den letzten Wochen nur in ganz geringen Mengen zur Verteilung gekommen. Eine reichlichere Belieferung wird erst Anfang Dezember eintreffen. Die Stadt hat jetzt eine größere Menge Gries bekommen, der aber für die Kranken- und Kinderversorgung zurück gehalten werden muß.

Vom

Fleisch

wird wohl auch in Zukunft Rindfleisch, Kalbfleisch und von Zeit zu Zeit etwas Hammelfleisch zur Verteilung kommen. An eine Verteilung von Schweinefleisch ist nicht zu denken. Die Fettversorgung wird voraussichtlich in dem bisherigen Umfang aufrechterhalten werden können.

Die

Kohlenversorgung

ist zurzeit nicht gut. In wie weit in kommenden Wochen eine Besserung eintreten wird, kann nicht gesagt werden. Zufügen sind fortgesetzt vom Reichskohlenkommissionar in Berlin und von der Kriegsmaterialstelle in Düsseldorf gemacht worden. Der Bedarf der Gewerbetriebe, welche monatlich weniger als 10 Tonnen verbrauchen, ist außerordentlich dadurch gestiegen, daß viele größere Betriebe, welche bisher 10 Tonnen Verbraucher waren, aus dieser Klasse ausgeschieden worden sind. Viele Anträge werden an die Stadtverwaltung gerichtet auf Zuerkennung einer bestimmten Kohlenart, was aber unmöglich ist. Die Lieferung einer bestimmten Kohlenart muß dem Händler überlassen bleiben, aber auch die Kohlenhändler sind oft außer Stande, den Wünschen des Publikums in dieser Richtung Rechnung zu tragen, da sie ohne Wahl die Kohlen von den Syndikaten abzunehmen haben.

An diese Ausführungen des Bürgermeisters Werner schloß sich eine rege Aussprache. In dieser Aussprache wurde festgestellt, daß bei der Belieferung

Samenablieferung die Delmenge, welche zurückgeliefert wird, festsetze und nicht willkürlich angenommen wird. Es wurden Wünsche mancher Art vorgetragen. Prüfung und anderweitige Regelung wurden in Aussicht gestellt.

Erhöhung der Brottration.

Amlich wird uns mitgeteilt: Staatssekretär und Vorstand des Kriegsernährungsamtes erlassen folgenden Aufruf:

Seit vier Jahren hat das deutsche Volk die Lasten und Entbehrungen des Krieges mit bewundernswürdiger Standhaftigkeit getragen. Jetzt steht der Friede und die Aufhebung der Hungerblockade in naher Aussicht. Damit wird auch eine Entspannung unserer Ernährungslage eintreten. Am 1. Dezember wird die Brottration erhöht werden. Andere Erleichterungen werden allmählich folgen. Voraussetzung dafür, wie überhaupt für die weitere Versorgung der Bevölkerung ist die unbedingte Aufrechterhaltung der Ordnung. Jede Störung vermindert die geordnete Lebensmittellieferung und bedroht die Großstädte und Industriestädte mit unangenehmen Folgen.

Wir werden uns an das gesamte Volk, diese schwere Gefahr abzuwenden.

Das Eisene Kreuz an Herforder.

Musketier Willy Lönzsoff erhielt das Eisene Kreuz 2. Klasse. Der tapfere Soldat war schon dreimal schwer verwundet.

Mitter der 1. Klasse. Dem Bizefeldwebel H. Mitter, Obertstraße 99, Sohn des Landwirts Hermann Mitter, Schweicheln Nr. 11, wurde das Eisene Kreuz 1. Klasse verliehen.

Das Reichsgericht über den Obstverkauf an Ort und Stelle. Die viel umstrittene Frage, ob der Obstverkäufer beim Verkauf an Ort und Stelle den Kleinhandelspreis nehmen darf, hat das Reichsgericht in einer neueren Entscheidung verneint. Es ist den Ausführungen des Verteidigers der angeklagten Obstverkäuferin, daß diese den Kleinhandelspreis zu fordern berechtigt gewesen sei, weil sie das Obst unmittelbar an Verbraucher verkauft habe, nicht beigetreten. Der § 6, Abs. 2, der Verordnung über Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 ergibt vielmehr, daß die Erzeuger auch in solchen Fällen grundsätzlich an die festgesetzten Erzeugerpreise gebunden sind und nur ausnahmsweise den Preisvorschriften für Großhändler oder Kleinhändler unterliegen, sofern sie das Gemüse oder Obst auf eigene Rechnung und Gefahr weiter als bis zur nächsten Verladestelle versenden und am Bestimmungsort unmittelbar an Kleinhändler oder an Verbraucher verkaufen. Diese Voraussetzungen lagen nach den getroffenen Feststellungen nicht vor. Ein Verstoß vom Obst hatte überhaupt nicht stattgefunden, sondern die Angeklagte hatte dieses an Ort und Stelle, in den Obstplantagen, verkauft.

Wintergemüse. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst schreibt uns: Die deutsche Gemüseernte geht zu Ende. Noch kommen zwar reichlich Weißkohl und Rote Rüben (Beeten) auf die Märkte. Das wird aber nur noch kurze Zeit dauern. Deshalb benutze jede Hausfrau die jetzt gebotene Gelegenheit. Es kann nicht dringend genug empfohlen werden: Schneidet möglichst viel Weißkohl selbst ein! Macht Rote Beeten in großen Mengen ein! Wer rechtzeitig Weißkohl und Rote Beeten einlegt, wird besonders in den letzten schwierigen Wintermonaten und namentlich beim nächsten Frühjahrsernte den Nutzen davon haben. Der preussische Staatskommissar für Volksernährung beabsichtigt, verschärfte Bestimmungen über die Ackerbestellung zu erlassen, und hat deshalb die Landwirtschaftskammern zu gütlichen Neuverordnungen über seine Vorschläge aufgefordert.

Reiseverkehr nach Holland. Wir erfahren: Für den Reiseverkehr nach Holland treten ab 15. November infolge Lebensmittelmangel in Holland veränderte Bestimmungen in Kraft, wonach die Genehmigung der Einreise in jedem Falle durch den Minister des Innern in Haag gegeben werden muß. Anträge auf holländische Sichtvermerke sind daher sehr zeitig, und zweckmäßig zugleich mit dem an die deutschen Behörden zu richtenden Antrag auf den deutschen Sichtvermerk, an die holländischen Konsularbehörden zu richten.

Ip. Die 22 westfälischen Herbergen zur Heimat. Im letzten Berichtsjahre 30 716 Personen in 62 005 Nächten und 2254 feste Kostgänger in 56 727 Nächten, im ganzen also 82 970 Personen in 118 805 Nächten. Gegen das Jahr 1916 ist die Zahl von 24 558 zurückgegangen. 9074 Personen, d. h. 27,34 v. H. Eingekerkerten wurde Arbeit vermittelt. Durch den Krieg ist die Zahl der Wanderer naturgemäß erheblich zurückgegangen. Während im Jahre 1913 441 Herbergen in ganz Deutschland über 4 1/2 Millionen Schlafnächte zählten, sindes 1917 in 385 Herbergen nicht einmal ganz 2 Millionen; auch eine Kriegswirkung.

Kellner-Schalter. Wir lesen in der „Vossischen Zeitung“: Die Kellner, während des Krieges mit seinen Lebensmittelfürsorgen zu einer neuen Großmacht geworden, haben über ihre Einkünfte beraten und — wie alle Schichten und Berufe in dieser Zeit — festgestellt, daß ihre Entlohnung weit hinter ihren begründeten Forderungen zurückbleibe. Nach der Genfer Verband hat eine Lohnverfassung für die Hotel- und Gasthausangestellten ausgearbeitet, die für alle Gruppen ein Mindesteinkommen festsetzt. Nach den Begriffen des Laienverständes ist der Pförtner eines großen Hotels eine wichtige — und meistens auch gewichtige! — Persönlichkeit, aber daß er in seinem Einkommen gleichgestellt ist mit einem mittleren Staatsbeamten... Nun, der Genfer Verband schreibt als Mindestlohn — 500 M. vor; und für den Nachtpförtner, dessen Haupttätigkeit nach der Ansicht der meisten Hotelgäste wohl in seiner Verschlafenheit besteht, werden mindestens 300 M. angesetzt. Der Herr Oberkellner hat — bei freier Kost! — 500 M., der zweite Oberkellner 300 M., der erste Zimmerkellner 400 M. zu beanspruchen. Dies sind Beträge, die entschieden ihren Reiz haben. Die Herren verlangen neben freier Kost, die das Gehalt des Hotelbesitzers zum größten Teil verschlingt, noch recht auskömmliche Taschengelder! Gewiß, diese Mindestsätze gelten nur für „Palast“-Hotels; aber auch die gewöhnlichen Wälder und Wälder-Hotels zahlen, wenn sie sich dem Verbandsgesetz unterwerfen, wohl annehmbare Löhne: Oberkellner mit freier Kost 350 M., Pförtner (ohne Kost) 300 M., hinab bis zum Hausdiener, der mindestens 150 M. beziehen soll. Der Optimist glaubt, nun sei damit die Trinkgeldfrage zugunsten der Reisenden endgültig erledigt; „es soll nicht mehr die Bedienungseinstellung oder das Trinkgeld abzusprechen unter Verleihen sein“, sagt jedoch der Verband, „sondern ein festes, verbürgtes Mindesteinkommen aufzustellen.“ Auch die Gastwirte müßten erstaunlich tief in die Tasche greifen: ein Oberkellner (mit Kost) in einem Weinhaus 1. Kl. 400 M., 2. Klasse 300 M., im Bierhaus bei voller Verpflegung hat der erste Kellner 300 M., die übrigen 200—300 M., im Raffehaus gebühren dem „Ober“ — allerdings ohne Kost — mindestens 500 Mark!

Aus Nachbarschaft und aller Welt.

L.L. Berlin, 7. Nov. Die nächste Sitzung des Reichstages findet am Mittwoch, den 13. November, nachmittags, statt.

Eine Lehrerin als vierfache Giftnislerin.

Aus Wien wird uns geschrieben: Vor dem hiesigen Schwurgericht findet zur Zeit die Verhandlung in einem sensationellen Giftmordprozeß statt, der sich gegen die 24 Jahre alte Lehrerin Wiliza Butobranovic de Bulo et Branko richtet. Sie wird beschuldigt in vier Fällen verurteilt zu haben, ihre Wölklerin, die Gattin des Landesbeschulinspektors Pfiffel, durch eine Phosphorpaste und Arsenik ermordet zu haben. Daneben läuft eine Anklage wegen verleumdender Beleidigung, die darauf beruht, daß die Angeklagte, als ihre Tat entdeckt war, versucht hat, durch ein sehr raffiniertes Manöver den Verdacht auf den Adoptivsohn des Ehepaars Pfiffel zu lenken. Wiliza de Banto ist die Tochter eines schon verstorbenen Statthalteroberbeamten und besuchte eine Lehrerinnenbildungsanstalt, deren Direktor der jetzige Landesbeschulinspektor Pfiffel war. Es gelang ihr zur Familie Pfiffel Zutritt zu erlangen; sie verkehrte dort täglich und erteilte dem 15jährigen Adoptivsohn der Familie Pfiffel Unterricht. Im März 1917 erkrankte plötzlich Frau Pfiffel, deren Tante, der Adoptivsohn und die Köchin nach dem Genuß eines Polentaaufsatz (Weizenputz) unter allen Anzeichen der Vergiftung. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß tatsächlich eine Vergiftung durch Arsenik stattgefunden habe. Bei diesem Vorfall kam es der Familie wieder in die Erinnerung, daß Frau Pfiffel im Dezember 1916 unter ähnlichen Erscheinungen nach dem Genuß einer Limonade erkrankt war, die Wiliza de Banto zubereitet hatte und daß einige Wochen vor dem März 1917 der Genuß von Povidol-Zucker (einer mit Phosphorsäure gefüllten Mehlspeise) bei Frau Pfiffel die gleichen Krankheitssymptome verursacht hatte. Jetzt kam Wiliza de Banto in den Verdacht der Täterschaft, denn Frau Pfiffel erkrankte sich, daß sie bei ihr das Buch „Die Psychologie des Giftmordes“ von dem früheren Dresdener Staatsanwalt Dr. Erich Wulffen gesehen hatte. Es wurde ein Verfahren eingeleitet, das aber bald wegen Mangel an Beweisen fallen gelassen werden mußte. Trotz dieser Vorfälle brach die Familie Pfiffel den Verkehr mit der Angeklagten nicht gänzlich ab. Da ereignete sich am 14. Februar d. J. ein Vorfall, der die ganze Angelegenheit zum Klappen brachte. Als der Sohn seiner Mutter eine im Speisezimmer auf dem Buffet stehende Schachtel reichte, die Arsenikspitzen enthielt, fand sich in dieser Schachtel eine durch ihre Farbe und ihren Geruch auffallende Pille, die bei dem Versuch der Zerteilung nach Art des Phosphor unter Rauchentwicklung zu vergasen begann. Die Untersuchung ergab, daß die Pille aus Phosphor im Gewicht von ungefähr 18 Zentigramm bestand, einer Dosis, die zur tödlichen Vergiftung hinreichte. Als Täter konnte niemand anders als Wiliza de Banto in Betracht kommen. Sie hatte am frühlichen Nachmittag der Familie Pfiffel einen Besuch abgestattet und sich in dem Speisezimmer aufgehalten und niemand sonst von

außerhalb der Familie stehenden Personen hatte Gelegenheit dieses Zimmer zu betreten. Sie allein mußte auch außer den Familienmitgliedern, daß Frau Pfiffel einnahm und daß diese Schachtel sich im Speisezimmer befand. Trotzdem führte auch dieser Vorfall noch nicht zur Verhaftung der Angeklagten: man legte ihr nur nahe in Zukunft das Haus Pfiffel zu meiden. Am 12. März erst wurde Wiliza de Banto verhaftet und diese Verhaftung war die Folge eines ebenso raffinierten wie auch unberechneten Versuches die Schuld auf einen anderen zu wälzen. Am 11. März erschien in der Wohnung des Landesbeschulinspektors ein Schulmädchen, das diesen persönlich zu sprechen wünschte. Da er nicht am Abend war entfernte sich das Kind, nachdem es eine Weile im Vorzimmer gesessen hatte. Zwei Stunden später gab ein anderes Mädchen einen Brief an den Landesbeschulinspektor, der die Aufforderung enthielt, unter dem Sopha im Vorzimmer Nachforschungen zu halten: Dort sei eine „geheimen Depot“ Albert Jenzls (des Adoptivsohnes) zu sein. Tatsächlich fand sich unter dem Sopha ein Tügel mit rotem Phosphor und ein Fläschchen mit Opiumtropfen. Wie die sofort eingeleitete Untersuchung ergab, hatte das zuerst erschienene Mädchen den Tügel und die Flasche unter das Sopha gestellt im Auftrag Wiliza de Bantos. Diese konnte die Tatsache nicht in Abrede stellen und suchte sich mit ihrer Erbitelung darüber zu erklären, daß man sie einer so schweren Tat verdächtigt hätte. Was die Motive anbelangt, so nimmt die Anklage an, daß die Lehrerin Frau Pfiffel töten wollte, um selbst die Gattin des Landesbeschulinspektors werden zu können. In der gegenwärtigen Verhandlung bestritt die Angeklagte, eine elegante, schlank gewachsene Brünnette in moderner, weinroter Seidenrobe, mit erlauchtlicher Schlagfertigkeit alle gegen sie erhobenen Anschuldigungen. Ueber den Ausgang des Prozesses werden wir berichten.

Das gleiche Wahlrecht in Bremen.

Wb. Bremen, 7. Nov. Die Bürgerschaft hat in ihrer gestrigen Sitzung die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Männer beschlossen. Abgelehnt wurde das von sozialdemokratischer Seite vorgeschlagene Wahlrecht für Frauen.

Das uneheliche Kind totgeprügelt.

Ein düsteres Bild ergab eine Verhandlung, die vor dem Schwurgericht in Aurich stattfand. Die 27jährige Angeklagte M. Ellerbrock, eine Kriegerwitwe, die zuletzt als Landbriefträgerin tätig war, besaß ein vorzügliches Kind, das sie nach dem Tode ihres Mannes bei sich erzog. Am 6. Januar ist dieses Kind, ein Knabe, gestorben und die Angeklagte hat dem Gefängnisarzt gestanden, daß sie das Kind solange gewürgt habe, bis es umgefallen sei. In der jetzigen Verhandlung wollte die Angeklagte nichts mehr davon wissen. Die Zeugenvernehmung erbrachte erschütternde Einzelheiten von überaus schweren Mißhandlungen des gestorbenen Knaben. Eine Zeugin hat wiederholt gesehen, daß die Angeklagte das Kind mit einem dicken Baumast schlug. Eine andere Nachbarin sah den kleinen Knaben 8 Tage vor seinem Tode mit einem blutbespritzten Gesicht und er erklärte, daß seine Mutter ihn geschlagen hätte. Die beiden ärztlichen Sachverständigen waren sich darüber einig, daß die rohe Behandlung seitens der Mutter, den Tod des Kindes verschuldet habe. Der Wahspruch der Geschworenen, der die Angeklagte der Körperverletzung mit Todeserfolg für schuldig erklärte, führte zu einer Strafe von 4 Jahren Gefängnis.

60 königliche Schlösser und Hofgebäude als Lazarette.

Aus Potsdam wird mitgeteilt: Der Kaiser hat Befehl gegeben, eine große Anzahl königlicher Schlösser und Gebäude, die der Hofverwaltung unterstellt und für Lazarettzwecke geeignet sind, in Lazarette umzuwandeln um für die Verwundeten aus den besetzten Gebieten Unterkunft zu schaffen. In Berlin sind dafür das Marfalk-Gebäude, das Schloss Charlottenburg, in Potsdam das Schloss Marfalk, die Villa Finckenstein, die ganze Westseite der Orangerie und wahrscheinlich auch Räume des Stadtschlösses in Aussicht genommen, ferner noch Hof- und Seitenbauern von Sanssouci. Das Marmorpalais dürfte der räumlichen Verhältnisse wegen nicht in Betracht kommen. Dagegen sollen noch andere Schlösser in Potsdam für die Belegung mit Verwundeten bereitgestellt werden. Ferner sind die königlichen Schlösser in Wiesbaden, Coblenz, Bielefeld und Hamburg für den gleichen Zweck zur Verfügung gestellt worden.

Die Umtausch der fünften Avenue in Reichdorf.

Aus Reichdorf wird berichtet, daß die Räter der Stadt Veranlassungen treffen, um der berühmten Millionenstraße im Westen Reichdorfs, der fünften Avenue, einen neuen Namen zu geben. Man will sie zu Ehren der Verbündeten Amerikas in „Alles Avenue“ das heißt, in „Straße der Verbündeten“, umtauschen und zwar soll ihre dieser Name anlässlich der Kampagne für die vierte Freizugsanleihe und vorläufig nur aus deren Dauer gegeben werden. Oberhaupt sind die Verbreitungen, die man für diesen Propagandazweck treibt, ungeheuer u. acht, amerikanisch. Am Eingang in die Straße soll ein riesiger, 47 Fuß hoher und 100 Fuß langer „Freizugsaltar“ errichtet werden, an dem dann die Opfergaben für die Kriegsanleihe niedergelegt werden können. Jeder Käuferblock in der fünften Avenue wird einer bestimmten Nation von den 22 mit Deutschland in den Krieg verbündeten Staaten zugewiesen und in den betreffenden Landesfarben ausgeschmückt werden. Für jedes Land wird man eine besondere Feier mit besonderen Reden und Umzügen veranstalten. Es wird erwartet, daß die Vertreter der betreffenden Staaten in Amerika sich aktiv und als Zuschauer an den Festlichkeiten beteiligen werden.

Luftiges Allerlei.

„Humanity“. Ein englischer, in Indien lebender Geistlicher hat unlängst in einem Buche festgestellt, daß seit dem Jahre 1800 unter der englischen Herrschaft in Indien 40 Millionen Menschen verhungert sind und 60 Millionen dauernd unter einer Hungernot leiden. — „Zum Teufel!“ sagte Lloyd George, als er das las: „Was wir bei den Indiern fertig brachten, muß uns auch bei den Deutschen gelingen.“ („Jugend“).

Naturkunde. „Watta, was ist a Watter?“ — „A Fisch in 'ner Watz.“ („Luftige Blätter“).

Die Begeisterten. Die Hohenstein-Vorstellung war zu Ende. Am Ausgang harrte eine Schar Begeisteter. Da trat der Theaterdirektor hervor und verkündete: „Meine Herrschaften, Sie stehen umsonst! Der Tenor hat das Haus bereits durch einen Seitenausgang verlassen.“ — „Auf den warten wir ja auch gar nicht! Wir warten auf den Schwan!“ („Fliegende Blätter“).

Die Entente hofft den Sieg durch die Erschütterung der Heimatfront zu erreichen. Politischer Schleierhandel: hinten herum. („Jugend“).

Glücklicher Zufall. Die Szene spielt in Berlin. „Wo sind Sie denn so lange geblieben, Johann? Ich schickte aus.“ — „Verzeihung, ich habe eine Landsmännin getroffen und —“ „So, woher sind Sie denn eigentlich in den Laden nebenan und Sie bleiben zwei Stunden nicht?“ — „Aus Berlin, gnädiger Herr!“ („Luftige Blätter“).

Nicht verlegen. „Ich hatte neulich für fünfzig Pfennige von Ihrem Rattenvertilgungsmittel gekauft, aber die Ratten haben sich selber verdoppelt!“ — „Da gebrauchen Sie also jetzt für 'ne Mark!“ („Wegendörfer Blätter“).

Die diplomatischen Vertreter der Entente in Russland. Lloyd George zu seinem Geheimsekretär: „Wir müssen einen neuen diplomatischen Vertreter für Russland wählen! Zeigen Sie 'mal schnell das Verbrüderungsalbum her!“ („Klabberdatsch“).

Der Hamster. „Haben Sie auch gehamstert, Herr Spatz?“ — „Ja, aber nur Manschettenknöpfe — da hab ich jetzt zweihundert Paar beisammen!“ („Fliegende Blätter“).

Verantwortlich für den Text und Inzeratenteil: Fr. Kühle, Herford.

Getreide-, Kartoffeln-, Heu- und Strohablieferung.

Die Landwirte im Stadtkreise Herford werden hierdurch aufgefordert, die in ihrer Wirtschaft geernteten Getreidemengen, abzüglich der ihnen zustehenden Mengen, und die zur Lieferung aufgegebenen Kartoffeln-, Heu- und Strohmenge reiflos bis zum 1. Dezember d. J. zur Ablieferung zu bringen. Wer seiner Ablieferungspflicht nicht genügt, erhält bei der nächsten Mahlfartenausgabe v. 1.—10. Dezember d. J. keine Mahlfarte ausgestellt. Bei der nächsten Mahlfartenausgabe ist die Lebensmittelfarte vorzulegen. Herford, den 8. November 1918.

Der Magistrat.

Stekrüben und Runkeln.

Nach Anordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Berlin, vom 28. September und 26. Oktober sind Runkeln und Stekrüben beschlagnahmt. Im Stadtkreise Herford dürfen Runkeln und Stekrüben nur an uns abgesetzt werden. Die Ablieferung hat in der Markthalle zu erfolgen. Herford, den 7. November 1918.

Der Magistrat.

Saatkartoffeln.

Bestellungen auf Inakultre-Saat 1. Nachbau von Original werden sofort entgegengenommen. An der Saatkartoffelablieferung werden sich in dem nächsten Entsejahr nur solche Erzeuger beteiligen können, die Herkunftsland Nachbau schriftlich belegen können. Genauso werden auf Original Inakultre-Saatkartoffeln noch Bestellungen entgegengenommen. Auch steht ein kleines Quantum „Odenwälder Blaue“ (älterer Nachbau) zur Verfügung, das Ende d. Mts. eintrifft. Bestellungen erbeten. Herford, den 6. November 1918.

Der Kreisausschuß, Abt. Kriegswirtschaft.

Sägemehl.

für Streu-, Mäcker- und Feuerzwecke ist dem Kreise von der zuständigen Zentralstelle zur Verfügung gestellt worden. Kreiseingekessene, die Bedarf haben, ersuchen wir, sich unmittelbar mit dem Sägewerk von Wilhelm Vogt in Blotho in Verbindung zu setzen. Nach dem 20. November wird über die freigegebene im Kreise nicht beanspruchte Menge anderweitig verfügt werden. Herford, den 1. November 1918.

Der Kreisausschuß, Abt. Kriegswirtschaft.

Felteinheit.

Wegen genügender Zufuhr von Butter wird in der nächsten Woche die Fettmarkte 4b mit 60 Gr. Butter beliefert werden. Herford, den 7. November 1918.

Der Kreisausschuß, Abt. Kriegswirtschaft.

OSRAM AZO
Gasgefüllte Lampen bis 2000 Watt
Auergesellschaft
Berlin O 17

Auergesellschaft, Berlin O 17.

Herford, den 5. November 1918.

Heute abend um 6 1/2 Uhr entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser kinder treusorgender Vater, der Werkführer

Heinr. Knaupmeier

im Alter von 46 Jahren.

In tiefer Trauer:

Frau Vina Knaupmeier,
geb. Schormann,
nebst Kindern und Anverwandten.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. d. Mts., nachmittags um 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Lübberlindenweg 1, aus statt.



Falkendiek, den 7. Nov. 1918.

Es ist bestimmt in Gottes Rat,
Dass man vom Liebsen, was man hat,
Muß scheiden.

Ganz plötzlich und unerwartet erhielten wir die tieftraurige Nachricht, daß auch nun unser lieber zweiter Sohn u. Bruder, Onkel und Neffe, der Fäsilier

Sermann Klusmeier

Fäsilier-Regt. 73, 7. Komp.

im blühenden Alter von 20 1/2 Jahren am 26. Okt. den Heldentod erlitten hat. Er folgte seinem lieben Bruder Friedrich nach 1 Jahr und 8 Monaten.

In tiefem Schmerz:

Familie Friedrich Klusmeier
und alle Verwandte.

Er ruhe in Frieden!

Herford, den 7. Nov. 1918.

Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, unsere liebe Tochter und Schwester

Marie

nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 9 1/2 Jahren zu sich in sein Himmelreich zu nehmen.

In tiefem Schmerz:
Familie Fritz Eichmann.

Die Beerdigung findet am Sonntag, d. 9. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Engerstr. 91, aus statt.

Drucksachen aller Art liefert schnell und preiswert
Fernruf 83. Buchdruckerei Fr. Kuhle Rennstr. 29/31

Herford, den 8. November 1918.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verschied am 5. d. Mts. mein langjähriger Angestellter, der

Werkmeister

Herr Heinr. Knaupmeier

Einen durchaus zuverlässigen, ehrlichen und pflichtgetreuen Mitarbeiter habe ich verloren.

Dauernd werde ich ihm ein treues Gedenken bewahren.

Fr. Poggenpohl.

Unsere Geschäfte

sind bis auf Weiteres
morgens von 9 Uhr bis abends 6 Uhr,
Sonntags bis 7 Uhr,
Sonntags von 11 1/2 bis 1 Uhr
geöffnet.

Verein der Webwarenhändler
Herford.

Musik-Verein Herford.

1. Vereinskonzert

Sonabend, den 9. November 1918,
abends 7 1/2 Uhr pünktlich
in Brinkmann's Konzertsaal

Möllendorff - Quartett

Berlin

Streich-Quartette von Schubert d moll

Haydn op. 74 Nr. 3 (Reiterquartett) g moll

Schumann a moll op. 41 Nr. 1.

Preise der Plätze M. 3,50, 2,—, 1,—, Stehpl. 0,60 M.

Die aktiven und passiven Mitglieder des Vereins erhalten auf Absehnitt e Freikarten.

Vorverkauf bei Herrn W. Menckhoff.

Einladung zur Stadtverordnetenwahl.

III. Abteilung.

Infolge Ablaufs ihrer Wahlperiode scheiden mit Ende dieses Jahres die Herren Schuhmachermeister R. Gortmann und Gewerkschaftssekretär W. Schüller aus der Stadtverordnetenversammlung aus. Für diese Mitglieder sind **Ergänzungswahlen** vorzunehmen und zwar für die Amtsdauer vom 1. Januar 1919 bis 31. Dezember 1924. Zur Vornahme dieser Wahlen werden die wahlberechtigten Bürger der III. Abteilung hierdurch eingeladen.

Die Wahlhandlung findet statt am

Mittwoch, den 27. November 1918,

von vormittags 10 Uhr bis 1 Uhr und von nachmittags 4 Uhr bis 7 Uhr im Rathaus, 2. Obergesch., Zimmer Nr. 79. Eine Einteilung in Abstimmungsbezirke findet nicht statt.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß gemäß § 16 der Städteordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 die Hälfte der von jeder Abteilung zu wählenden Stadtverordneten aus Hausbesitzern bestehen muß. In der Abteilung III, der 10 Stadtverordnete angehören, verbleiben unter Berücksichtigung der Ausgeschiedenen 5 Stadtverordnete, welche Hausbesitzer sind. Bezüglich der angelegten Wahlstunden ist die Postuhr allein maßgebend.

Wahlberechtigte, die bis 7 Uhr abends das Wahllokal nicht betreten haben, können zur Wahl nicht mehr zugelassen werden.

Herford, den 30. Oktober 1918.

Der Magistrat.

II. Abteilung.

II. Abteilung.

Infolge Ablaufs ihrer Wahlperiode scheiden aus der Stadtverordnetenversammlung aus die Herren Fabrikant R. Boß und Bäckermeister Karl Müller.

Für diese Mitglieder ist eine **Ergänzungswahl** für die Amtsdauer vom 1. Januar 1919 bis 31. Dezember 1924 vorzunehmen.

Zur Vornahme dieser Wahlen werden die wahlberechtigten Bürger der II. Abteilung hierdurch eingeladen.

Die Wahlhandlung findet statt am

Donnerstag, den 28. November 1918,

von vormittags 10 Uhr bis 11 Uhr im Rathaus, 2. Obergesch., Zimmer Nr. 79.

Näherinnen

für Hosen und Kieler Anzüge außer dem Hause gesucht.

Ungenete & Scholle.

10 000 Mark

auf Grundrüd in der Feldmark zu leihen gesucht.
Offerten unter 2529 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Deutscher Schäferhund

zugekauft, Eigentümer hat seine Rechte innerhalb 3 Tagen bei August Häbel, Belsenkamp Nr. 114, geltend zu machen.

Kräftige

Arbeiter

für den Zeitungsbau (möglichst mit Fahrrad) für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Meldungen mit Ausweispassieren beim

Elektrizitätswerk
Minden-Ravensberg,
Vorriedestraße 18.

Jugendliche

Arbeiter

steht ein
Westf.-Sackzentrale,
Annastraße 11.

Näherinnen
für ganz leichte Näharbeiten außer dem Hause gesucht.
J. Elsbach & Co.,
A.-G.

Neueröffnung!

Kunststofferei und Handweberei.

Kunstvolles Stopfen und Einweben von Brandblättern, Motten- u. Käsefrah, Schnitteln in Herren-, Damen- u. Militärgarderoben, sowie Tüchern und Geweben aller Art. Halte mich der verehrten Einwohnerschaft von Herford und Umgebung hiermit bestens empfohlen.

Netzen Rodenbusch,
Herford,
Hänelingerstraße 14.

Maurer und Handlanger

steht noch ein
Gottl. Meyer,
Friedhofstraße 12.

Ordentlicher zuverlässiger

Seizer

für sofort oder später gesucht.
de Fries & Beckmann.

Mehrere Arbeiterinnen

gesucht für Sackreparaturanstalt
J. P. Tönsjost,
Goltstraße 2.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß gemäß § 16 der Städteordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 die Hälfte der von jeder Abteilung zu wählenden Stadtverordneten aus Hausbesitzern bestehen muß. In der II. Abteilung, der 10 Stadtverordnete angehören, verbleiben unter Berücksichtigung der Ausgeschiedenen 8 Stadtverordnete, welche Hausbesitzer sind.

Bezüglich der angelegten Wahlstunden ist die Postuhr allein maßgebend.

Wahlberechtigte, die bis 11 Uhr vormittags das Wahllokal nicht betreten haben, können zur Wahl nicht zugelassen werden.

Herford, den 30. Oktober 1918.

Der Magistrat.

I. Abteilung.

Infolge Ablaufs ihrer Wahlperiode scheiden aus der Stadtverordnetenversammlung aus die Herren Justizrat Böden, Kaufmann H. Reischauer, Fabrikant P. Weiße, Fabrikant E. Busse, Fabrikant R. Nolting, Fabrikant P. Schönsfeld und Fabrikant J. Elsbach.

Für die obengenannten Herren ist eine **Ergänzungswahl** vorzunehmen und zwar für die Amtsdauer vom 1. Januar 1919 bis 31. Dezember 1924.

Zur Vornahme der Wahlen werden die wahlberechtigten Bürger der I. Abteilung hierdurch eingeladen.

Die Wahlhandlung findet statt am

Donnerstag, den 28. November 1918,

von vormittags 11 1/2 Uhr bis 12 1/2 Uhr im Rathaus, 2. Obergesch., Zimmer Nr. 79.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß gemäß § 16 der Städteordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 die Hälfte der von jeder Abteilung zu wählenden Stadtverordneten aus Hausbesitzern bestehen muß. In der I. Abteilung, der 10 Stadtverordnete angehören, verbleiben unter Berücksichtigung der Ausgeschiedenen 3 Stadtverordnete, welche Hausbesitzer sind. Es müssen demnach 2 von den neu zu wählenden Stadtverordneten Hausbesitzer sein.

Bezüglich der angelegten Wahlstunden ist die Postuhr allein maßgebend.

Wahlberechtigte, die bis 12 1/2 Uhr das Wahllokal nicht betreten haben, können zur Wahl nicht zugelassen werden.

Herford, den 30. Oktober 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Solange der Personen Zug Nr. 531 Böhne-Hamel ausfällt, verkehrt T 1255 W in dessen Plan: Böhne ab 1 1/2 statt 11 1/2. Hameln an 3 1/2 statt 1 1/2 nachm. Hannover, den 6. Nov. 1918.
Königliche Eisenbahn-Direktion.



Freiwillige Feuerwehr.

Freitag, den 8. Novbr., abends 8 Uhr

Übung

der ganzen Wehr. Außer der Nachabteilung ist es notwendig, daß alle Mitglieder erscheinen.

Der Brandmeister.

Ein zuverlässiger
Hausdiener
findet sofort Stellung bei
Pilgrim & Nolting.

4-5 Zimmer-Wohnung

zu sofort oder 1. Januar gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle dieser Zeitung unter Nr. 2301.

Hühner

zu verkaufen
Hilmerstr. 70

Geld verleiht gegen monatl. Rückzahlung, distret
S. Blume, Hamburg 5.

Anzeigen

für die
Sonabend-Ausgabe
bitten wir uns bis
heute nachmittag 5 Uhr
aufzugeben.
Später aufgebene Inserate müssen bis zur
nächsten Nummer
zurückgestellt werden.
Herforder Zeitung für Stadt und Land

Transport-Versicherung

(Reisegepäck-Versicherung)
hat für Herford und Umgegend eine selbstständige
Hauptagentur
zu vergeben. Herren, welche zur Industrie- und Geschäftswelt Beziehungen haben, belieben Offerten unter A. 1295 an „Haasenstein & Vogler, Hannover“, einzureichen.
Gelegenen Bewerbern kann event. auch die
Hauptagentur einer Feuer-, Unfall- u. Haftpflicht-Vers. mit Inkasso übertragen werden.

Kastenwagen

in bekannt schwerer Qualität in allen Größen wieder eingetroffen bei
Gebr. Landmann, Baderstr. 14.

Berein „Waldeck“.

Freitag, den 8. November 1918, abends 8 Uhr:

Versammlung

im Evangelischen Vereinshaus.

Vortrag: Rückblicke und Ausblicke.
(Politische Zeitfragen.)

Redner: Buchdruckereibesitzer Fr. Kuhle.

Wir laden hierzu alle Freunde der heutigen Volksregierung, besonders aber unsere Mitglieder, Männer und Frauen, ein und hoffen auf zahlreiches Erscheinen.

Der Vorstand.